



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Anerkennung des Staates Palästinas – Zweistaatenlösung jetzt!

Die Unia hat bereits mehrmals zur Situation in Gaza Stellung genommen. Im Sommer 2025 hat die Unia angesichts der Hungersnot und Vertreibungen der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza und der Westbank den Bundesrat erneut zum sofortigen Handeln aufgerufen. Im Rahmen eines breiten Bündnisses war die Unia eine der Hauptorganisatorinnen einer nationalen Kundgebung mit über 20'000 Personen. Im Herbst 2025 hat Israel unter der rechtsextremen Netanjahu-Regierung mit einer grossangelegten Offensive begonnen, um Gaza-Stadt vollständig einzunehmen und die Zivilbevölkerung erneut zu vertreiben. Die militärische Strategie Israels – geprägt durch Abriegelung, des Unterbindens von Hilfslieferungen, der Zerstörung der zivilen Infrastruktur und der anhaltenden Vertreibung der Zivilbevölkerung – ist inakzeptabel. Die zuständige UNO-Kommission spricht mittlerweile von einem Genozid gegenüber der Palästinenser:innen. Anfang Oktober kam es endlich zu einem Waffenstillstand, der Freilassung der Geiseln und einem Teil der inhaftierten palästinensischen Gefangenen.

Die Unia verurteilt die anhaltende Passivität von Bundesrat und Parlament und fordert:

1. einen Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten, die sofortige Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und die unverzügliche Wiederaufnahme der Finanzierung der humanitären Nothilfe für Gaza über die UNRWA.
2. die dokumentierten Kriegsverbrechen aller Kriegsparteien strafrechtlich zu verfolgen und Initiativen zu unterstützen, um Zwangsumsiedlung oder illegale Vertreibung der Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland zu verhindern.
3. die Sanktionierung der rechtsextremen israelischen Minister und gewalttätigen Siedler
4. die umgehende Anerkennung eines palästinensischen Staates und die Umsetzung einer Zweistaatenlösung.
5. Die öffentliche Verurteilung von Unternehmen, Banken und Versicherungen, die an der illegalen Besatzung Palästinas oder am israelischen militärisch-industriellen Komplex beteiligt sind.
6. die Einstellung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel sowie aller sicherheitsrelevanten Exporte. Dies gilt für den Bund sowie für Schweizer Firmen, insbesondere in Bezug auf Waffen, Dual-Use-Technologien und Überwachungssysteme solange die völkerrechtswidrigen Besetzungen Israels im Gazastreifen, im Westjordanland und in Ostjerusalem andauern.
7. die sofortige Freilassung aller aussergerichtlich und willkürlich verhafteten Palästinenser:innen. Wir fordern den Bundesrat auf, sich für die Freilassung jener Persönlichkeiten einzusetzen, die dem Land echte Hoffnung auf eine Zwei-Staaten-Lösung geben können.

Unsere Solidarität gilt der palästinensischen Zivilbevölkerung, die Opfer eines Völkermordes geworden sind und weiterhin unter unsäglichem Leiden und ohne jeglichen Besitz lebt. Ebenso bringen wir unsere Unterstützung der israelischen Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften zum Ausdruck, die gegen die Verbrechen ihrer rechtsextremen Regierung protestieren und sich für einen gerechten Frieden einsetzen.



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Wir setzen uns für das Recht auf friedliche Versammlungs- und Meinungsfreiheit ein. In Palästina, Israel und weltweit.

Schliesslich fordert die Unia ihre Mitglieder auf, sich an den Arbeitsplätzen gegen jegliche Form von Rassismus, insbesondere islamophoben und antisemitischen Diskriminierungen, an den Arbeitsplätzen zu wehren.